

Globalisierung und Terror: Die neue Welt ist brutal

Eine Kolumne von [Henrik Müller](#)

Anti-Terror-Einsatz in Belgien: Zahl der Krisen und Konflikte nimmt zu

Stabil und friedlich sollte die globalisierte Welt sein, das war die Hoffnung. Sie hat sich nicht erfüllt. Die Globalisierung schafft nicht nur ihre eigenen Gegner - sie bedroht sich am Ende sogar selbst.

Kolumne

Eigentlich sollten dies friedliche Zeiten sein. Als die [Globalisierung](#) begann, war viel von "Friedensdividende" die Rede: von all den produktiven Fähigkeiten, die die Menschheit nun freisetzen könne nach Jahrzehnten des Kalten Kriegs. Immer weniger müsste für Militär und Sicherheit ausgegeben werden. Großartige Entwicklungschancen ergäben sich, nun, da der große Konflikt vorbei sei.

Das war die damals verbreitete Hoffnung. Daraus ist nichts geworden.

Ein Vierteljahrhundert nachdem sich der Eiserne Vorhang hob und eine Nation nach der anderen sich öffnete, hat unübersehbar eine neue Ära begonnen: Terror und Krieg, Nationalismus und Chauvinismus sind zurück. Die Globalisierung, so scheint es, produziert ihre eigenen Gegner.

Tatsächlich hat sich die offene Weltordnung keineswegs als so stabil erwiesen wie erhofft. Weder ökonomisch - seit Mitte der Neunzigerjahre folgt eine markterschütternde Krise auf die nächste, von Mexiko [bis China](#). Noch politisch - Konflikte zwischen Staaten, Terror, Krieg und Bürgerkrieg nehmen zu.

Die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen ist auf historisch hohem Niveau und steigt weiter an, hat das Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Uppsala ermittelt.

- **Terroranschläge** in Metropolen wie Paris, [Istanbul](#) oder [Jakarta](#) zeigen die Verletzlichkeit der modernen Welt.
- In Syrien tobt der **Krieg** mit unverminderter Brutalität und setzt Millionen verzweifelter [Flüchtlinge](#) in Bewegung.
- Zwischen Saudi-Arabien und Iran steigen die **Spannungen**.
- Der **Konflikt** zwischen Russland und dem Rest Europas um die Ostukraine ist keineswegs gelöst, sondern nur eingefroren.
- Im südchinesischen Meer ringen China, Japan und andere Anrainerstaaten um **Vorherrschaft** und Ressourcen.
- Selbst innerhalb der EU gibt es inzwischen ernste Zweifel, ob sich die **Gegensätze** zwischen den Mitgliedstaaten noch überbrücken lassen; gerade erst warnte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor einer Kettenreaktion - vom Ende der offenen Grenzen in Folge der Flüchtlingsströme bis zur Kernspaltung des Euro.
-

Gefährliche Zeiten. [Beim World Economic Forum](#), das am **Mittwoch** in Davos beginnt, wird die globale Elite aus Wirtschaft und Politik darüber zu reden haben. Die Globalisierung schafft nämlich nicht nur ihre eigenen Gegner - sie bedroht sich am Ende sogar selbst.

"Frieden ist die natürliche Folge des Handels"

Dabei ist die Welt ökonomisch so eng verflochten wie nie zuvor. Es ist so viel Kapital grenzüberschreitend investiert worden, dass es die Wirtschaftsleistung der beteiligten Länder um die Hälfte übersteigt, wie MGI, der Thinktank der Unternehmensberatung McKinsey, berechnet hat; vor 30 Jahren lag der Wert nicht mal halb so hoch.

Die wechselseitigen Abhängigkeiten rund um den Globus sind größer als jemals zuvor in der Geschichte. Wäre es nicht vernünftig, wenn sich alle gemeinsam darum bemühten, den Frieden zu wahren? Es sollte weniger kriegerische Auseinandersetzungen geben als früher - eigentlich. Terror sollte keine Basis finden und grenzüberschreitend bekämpft werden - eigentlich.

So wie es der französische Staatsphilosoph Montesquieu schon Mitte des 18. Jahrhunderts vorhergesagt hatte: "Frieden ist die natürliche Folge des Handels." Zumal heute, anders als damals, auch Informationen mühelos Grenzen in Echtzeit überwinden. Wir wissen mehr über die Welt. Das sollte die Verständigung fördern - eigentlich.

Was ist hier eigentlich los?

Die Öffnung der Märkte für Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Kapital und, vielleicht am wichtigsten, für Ideen nützt Volkswirtschaften enorm. Diese Erfahrung ist empirisch und theoretisch gut belegt. Offene Märkte steigern das Pro-Kopf-Einkommen und vermehren die Möglichkeiten zu konsumieren, zu investieren, überschüssige Ersparnisse anzulegen und einen Job zu finden. Jedenfalls im Durchschnitt. Und langfristig. Doch der Fortschritt läuft keineswegs harmonisch, kontinuierlich und einheitlich ab.

Insbesondere drei Muster treten zutage:

Ungleichheit: Die insgesamt steigende Produktivität kommt nicht allen zugute, sondern insbesondere Vermögenden und Hochqualifizierten. Geringqualifizierte müssen womöglich sogar reale Einkommensverluste hinnehmen. Dieser Effekt ist weltweit erkennbar. China, jenes Land, das mutmaßlich am meisten von der Globalisierung profitiert hat, gehört beispielsweise heute zu den ungleichsten Gesellschaften der Welt, wie eine Untersuchung der Universität Peking zeigt, die diese Woche veröffentlicht wurde. Auch zwischen den Nationen öffnen sich Gräben zwischen Gewinnern und Verlierern.

Unsicherheit: Rasche Umschwünge auf den Märkten übertragen sich direkt um den ganzen Erdball. Betroffen sind insbesondere Volkswirtschaften, die auf wenige Branchen und Produkte spezialisiert sind. [Das gilt insbesondere für rohstoffreiche Länder:](#) Vor wenigen Jahren noch, als die Preise durch die Decke gingen, wähten sich Brasilien, Russland oder Nigeria auf der Gewinnerseite. Hoffnungen, die nun enttäuscht werden, da sie bei wegsackenden Weltmarktpreisen schlimme Wirtschaftskrisen durchmachen.

Ungleichzeitigkeit: Die globalisierte Wirtschaft spielt sich vor allem in großen Städten ab. In den Metropolen ballen sich Menschen, Wissen, Kapital und Infrastruktur. Vorteile, über die das flache Land nicht verfügt und entsprechend ins Abseits gerät. Die Folge: Städte wachsen, vermehren den Wohlstand. Wer auf dem Land zurückbleibt, sieht sich eher auf der Verliererseite. Der verschärfte Stadt-Land-Gegensatz schafft Ungleichzeitigkeiten, die zu politischen Verwerfungen führen können. So lassen sich die Wahlerfolge der Nationalkonservativen in Polen oder des Front National in Frankreich gerade auf den Frust der ländlichen Bevölkerung zurückführen.

Natürlich führt all das nicht direkt zu politischen oder gar gewalttätigen Zuspitzungen. Aber es bildet den Nährboden dafür. Wo sich das Gefühl der Zurücksetzung politisch instrumentalisieren lässt, verschärft sich zunächst die Rhetorik - siehe Donald Trumps Erfolge im US-Vorwahlkampf -, später womöglich auch der Kurs. Wo sich verbreiteter Frust in politische Erzählungen übersetzen lässt, die von nationaler Demütigung handeln - siehe Russland gegenwärtig -, werden zwischenstaatliche Konflikte wahrscheinlicher. Wo sich aus Perspektivlosigkeit gar aggressive religiöse Erzählungen verbreiten - wie bei islamistischen Dschihadisten -, wird jede Verständigung schwierig.

Es muss darum gehen, soziale Konflikte zu entschärfen

Eine Schlussfolgerung mit Blick aufs World Economic Forum in Davos: Bislang hat sich die globale Wirtschaftselite vornehmlich darum gekümmert, Märkte zu erschließen und Renditen zu steigern. Die negativen Folgen dieser Entwicklung blieben weitgehend unbearbeitet. Nun muss es darum gehen, soziale Konflikte zu entschärfen - innerhalb der Gesellschaften, aber auch zwischen den Staaten. Sollte das nicht gelingen, wird die Weltwirtschaft nicht offen bleiben.

Die wichtigsten Wirtschaftsereignisse der kommenden Woche

Montag

Brüssel - **Entspannungspolitik** - Treffen der EU-Außenminister in weiterhin unruhigen Zeiten. Ebenfalls in der EU-Hauptstadt: der polnische Präsident Duda, der EU-Ratspräsident Tusk und Nato-Generalsekretär Stoltenberg trifft.

Dienstag

Straßburg - **Gefahr für die Demokratie** - Das Europaparlament berät, unter anderem über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Berlin - **Business as usual** - Man bleibt im Gespräch: Auch unter nationalkonservativer polnischer Führung treffen sich die Finanzminister Deutschlands, Frankreichs und Polens im Format des "Weimarer Dreiecks".

Peking - **Schockpotenzial** - Neue Zahlen zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Industrieproduktion zum Jahresende 2015. Negative Überraschungen dürften zu neuen Börsenbeben führen.

Mittwoch

Davos - **Total global** - Beginn des World Economic Forum (bis Samstag). Neben allerlei Wirtschaftsprominenz werden unter anderen die Premiers Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, Griechenlands, des Irak, die Präsidenten Afghanistans und Israels, US-Vizepräsident Biden, US-Außenminister Kerry, US-Verteidigungsminister Carter sowie EZB-Präsident Draghi, Weltbank-Präsident Kim, IWF-Chefin Lagarde und die Gouverneure zahlreicher Zentralbanken dabei sein. Deutschland wird vertreten durch Bundespräsident Gauck und Bundeswirtschaftsminister Gabriel.

Frankfurt - **Bilanz und Ausblick** - Die IG Metall bittet zur Jahrespressekonferenz.

Donnerstag

Frankfurt - **Locker, lockerer, am...** - Ratssitzung der Europäischen Zentralbank. Gerungen wird um die Frage, ob die bisherigen Maßnahmen - negative Einlagenzinsen, Aufkauf von Anleihen im Wert von rund anderthalb Billionen Euro - ausreichen. Oder ob die EZB noch mehr tun muss.

Berlin - **Zu viele Regeln?** - Das Statistische Bundesamt stellt Erkenntnisse vor zum Thema "Wahrnehmung von bürokratischen Belastungen durch Unternehmen in ausgewählten Situationen in Deutschland".

Freitag

Berlin/London - **Stimmungstest** - Das Institut Markit veröffentlicht neue Zahlen zur Einschätzung der Lage durch die Einkaufsmanager in Deutschland und in der Eurozone insgesamt.

Samstag

Ankara - **Südostflanke der Nato** - US-Vizepräsident Biden besucht die Türkei, trifft Präsident Erdogan und Ministerpräsident Davutoglu. Parallel dazu treffen sich die Außenminister der Türkei, Georgiens und Aserbaidschans in der türkischen Hauptstadt.

Zum Autor

Henrik Müller ist Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Technischen Universität Dortmund. Zuvor arbeitete der promovierte Volkswirt als Vizechefredakteur des manager magazin. Außerdem ist Müller Autor zahlreicher Bücher zu wirtschafts- und währungspolitischen Themen. Für SPIEGEL ONLINE gibt er jede Woche einen pointierten Ausblick auf die wichtigsten Wirtschaftsereignisse der Woche.